

# Das Pressewesen Jugoslawiens

**Bericht**

**Staat/Öffentlichkeit**

Auf der III. Plenarsitzung des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), die sich mit organisatorischen Fragen der Partei und der politisch-ideologischen Tätigkeit ihrer Mitglieder befaßte, ist auch *Kritik an der Presse* geübt worden. Es wurde festgestellt, sie habe die ihr im Rahmen des sozialistischen Aufbaues und der Einführung der „neuen Instrumente“ für die Einkommenverteilung („Einkommen gemäß Leistung“) zufallenden Aufgaben nicht in vollem Umfange erfüllt.

Das am 26. Oktober 1960 erlassene neue Presse- und Informationsgesetz regelt die gesamte Informationstätigkeit in Jugoslawien, d. h. die Informationstätigkeit der einheimischen Organe, Behörden und Organisationen, die sich mit der Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen befassen, sowie auch die Informationstätigkeit ausländischer Agenturen, Berichterstatter usw. Da die Informationstätigkeit der Bundesgesetzgebung untersteht, hat das Presse- und Informationsgesetz für das gesamte Territorium Gültigkeit, d. h. die einzelnen Volksrepubliken sind nicht berechtigt, nur für ihr Territorium gültige Regelungen zu treffen.

Die Informationsfreiheit besteht nach dem neuen Gesetz einmal in dem Recht des Bürgers, seine Meinung und seine Auffassungen über die vorhandenen Informationsmittel „frei zum Ausdruck“ zu bringen; andererseits in dem Recht, unmittelbar an der Gründung, Organisation und Verwaltung von Institutionen und Organisationen teilzunehmen, die sich mit der Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen befassen.

## Gesetzlich garantierte „Unabhängigkeit“

Das Gesetz garantiert die „Unabhängigkeit“ aller Institutionen und Organisationen des Informationswesens; ihre Tätigkeit wird durch die Selbstverwaltungsorgane gelenkt. Wegen der „gesellschaftlichen Bedeutung“ der Presse besteht bei den Zeitungsverlagen neben dem Arbeiterrat, dem die Verwaltungsaufgaben und die Einkommenverteilung obliegen, ein Verlagsrat. Ihm gehören neben dem Direktor und einem gewählten Vertreter des Verlages oder der Zeitung als „Repräsentanten der Öffentlichkeit“ ernannte Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen (Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens, Gewerkschaftsverband, Volksjugendverband, BdKJ usw.) an. In die Kompetenz des Verwaltungsrats fällt die Beobachtung der Gesamtpolitik des betreffenden Verlages, der Zeitung usw. vom Standpunkt seiner „gesellschaftlichen Funktionen“.

Das neue Gesetz sieht den freien Zugang zu sämtlichen Informationsquellen für alle Organe, Institu-

tionen, Organisationen und Einzelpersonen vor, die sich mit der Informationstätigkeit befassen. „Diskriminierungen“ sind untersagt.

Tages- und Wochenzeitungen, Bulletins, Zeitschriften und periodische Schriften können — laut Gesetz — außer von Zeitungsunternehmen auch von Staatsorganen, selbständigen Einrichtungen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen herausgegeben werden, wenn diese zur Durchführung der Aufgaben ihres Tätigkeitsbereichs dienen, sowie von Gruppen von Bürgern. Eine solche Gruppe muß mindestens fünf Personen zählen, über registrierte Statuten verfügen und die Eigenschaft einer Rechtsperson besitzen. Die Herausgabe von Presseerzeugnissen ist an keine Sondergenehmigung gebunden; der Herausgeber ist lediglich zur Anmeldung bei den zuständigen Organen der Volksrepublik verpflichtet, auf deren Territorium die Veröffentlichung vorgenommen wird. Die Herausgabe von Zeitungen und anderen Druckerzeugnissen, die vom Ausland her mit Finanz- oder anderen Mitteln unterstützt werden, ist nicht gestattet.

## Die Grenzen der „Meinungsfreiheit“

Die Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen kann *ingeschränkt oder verboten* werden, wenn: ein „Mißbrauch der Pressefreiheit“ vorliegt; der Inhalt der Informationen eine Straftat gegen das Volk, den Staat oder die jugoslawische Armee darstellt; vertrauliche Dokumente oder Angaben veröffentlicht worden sind, die ein militärisches, amtliches oder Wirtschaftsgeheimnis von besonderem Staatsinteresse beinhalten; wenn falsche oder alarmierende Nachrichten veröffentlicht worden sind, die die öffentliche Ordnung und den Frieden gefährden; wenn die Veröffentlichungen die Erhaltung oder Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Jugoslawien und einem anderen Staat gefährden oder stören; wenn Aggressionen oder andere gegen die Ziele der Vereinten Nationen gerichtete Aktionen propagiert werden; wenn die Ehre und das Ansehen der Völker Jugoslawiens und ihrer höchsten Vertreterorgane und des Staatspräsidenten oder die Ehre und das Ansehen anderer Völker, ihrer Staatshäupter und ausländischer Diplomaten beleidigt werden; wenn die Moral verletzt und die Kinder- und Jugenderziehung geschädigt wird; wenn Dokumente veröffentlicht werden, die den Interessen der Rechtsprechung abträglich sind. („Sluzbeni List“, Nr. 45/1960.)

Nach den Angaben des „Statistischen Jahrbuches der FVRJ 1961“ erschienen in Jugoslawien in den Jahren 1954—1960 folgende Presseerzeugnisse:

## Erscheinungsweise

	Insgesamt	täglich	mehrmals wöchentlich	wöchentlich	14tägig	monatlich	periodisch
<i>Anzahl der Publikationen:</i>							
1954	453	18	10	134	91	106	94
1955	493	18	12	145	84	105	129
1956	497	18	10	134	98	114	123
1957	533	20	12	125	80	110	186
1958	745	21	13	128	95	222	266
1959	778	20	11	133	75	217	322
1960	904	19	12	140	84	265	384
<i>Gesamtauflage (in Tausend):</i>							
1954	315 297	230 712	12 498	58 003	8 310	4 890	884
1955	349 621	247 826	5 655	81 001	9 690	3 345	2 094
1956	402 687	286 369	13 059	85 071	10 731	5 301	1 156
1957	451 467	327 047	13 797	90 420	8 966	5 050	6 187
1958	509 324	342 220	13 962	118 115	13 849	13 949	7 229
1959	482 320	319 771	16 554	115 622	10 998	11 438	7 937
1960	629 476	403 338	24 119	152 021	15 705	15 987	18 306

Die höchste Auflage der 19 Tageszeitungen hat „Politika“, Belgrad (260 000); an zweiter Stelle steht „Borba“ mit je einer Ausgabe in kyrillischer und lateinischer Schrift (Gesamtauflage 194 000). „Borba“ ist das offizielle Organ des „Sozialistischen Bundes der Werktätigen“ (SSRN) in Serbien und Kroatien. Sprachrohr des SSRN in Slowenien ist „Delo“ (Erscheinungsort Laibach, Auflage 62 000), in Bosnien-Herzegowina „Oslobodjenje“ (Erscheinungsort Sarajewo, Auflage 57 000), in Mazedonien „Nova Makedonija“ (Erscheinungsort Skopje, Auflage 22 000). Das Organ der Partei, „Komunist“, hat eine Auflage von 220 000, das Organ des Volksjugendverbandes „Mladost“ 150 000, das des Gewerkschaftsverbandes „Trud“ 120 000. („Jugoslovenski Pregled“, Nr. 12/1960.)

Trotz der steigenden Auflageziffern sind die Zeitungsverlage nicht imstande, sich selbst zu tragen. Sie erhalten daher Zuschüsse aus Bundes- und Republikfonds und sind von den Abgaben an die verschiedenen gesellschaftlichen Fonds befreit.

Die Mehrzahl der Journalisten lehnt die verschiedentlich vorgebrachte Kritik ab, die geringe Auflagenzahl — die Gesamtauflage der jugoslawischen Tageszeitungen liegt nur geringfügig über der Mitgliedszahl des BdKJ — der Zeitungen sei durch ihren Inhalt bedingt. Es wird auf das in den einzelnen Volksrepubliken noch immer vorhandene Analphabetentum, auf die Unzulänglichkeit des Verteilernetzes und andere „objektive Ursachen“ verwiesen, die einer Auflagensteigerung im Wege stehen.

Das auch für das Zeitungswesen vorgesehene Prinzip „Einkommen gemäß Leistung“ — nicht zu verwechseln mit Zeilenhonorar — konnte bisher nicht gelöst werden, da noch keine gültigen Maßstäbe für die Wertqualifikation der einzelnen Tätigkeiten gefunden worden sind, abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich aus Raummangel, Aktualität und aus dem Problem der Beziehungen zwischen Text- und Annoncenredaktion, sowie Redaktion und technischem Personal und anderen innerbetrieblichen Problemen ergeben.

Auf dem V. Kongreß des jugoslawischen Journalistenverbandes sind als *unmittelbare Aufgaben* der Journalisten bezeichnet worden: der Kampf um den sozialistischen Charakter von Presse, Rundfunk, Fernsehen und der übrigen Informationsmittel; die Förderung der Journalistik; die Hebung des gesellschaftlichen und beruflichen Verantwortungsbewußtseins des Journalisten; der Kampf um die Behandlung aktueller politischer und ideologischer Fragen auf dem Gebiet der Presse und der sonstigen Informationsmittel, sowie der Kampf um die ideologisch-politische und fachliche Schulung des Journalisten.

Ende 1960 zählte der jugoslawische Journalistenverband 2852 Mitglieder, davon waren 2522 ordentliche und 330 Mitgliedsanwärter. Die Mitgliedszahl in den einzelnen Republiken betrug:

	Ordentliche Mitglieder	Mitglieds- anwärter	insgesamt
Serbien	1 183	171	1 354
Kroatien	554	35	589
Slowenien	363	71	434
Bosnien-Herzegowina	180	20	200
Mazedonien	188	27	215
Montenegro	54	6	60

80 Prozent der Journalisten stehen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren, davon etwa 40 Prozent zwischen 35 und 40 Jahren und etwa 60 Prozent zwischen 25 und 35 Jahren. Etwa 900 Journalisten haben ein Berufsalter von 10 bis 15, etwa 1000 ein Berufsalter von 5—10 Jahren. Etwa 35 Prozent der Journalisten verfügen über eine höhere oder Hochschulbildung, 55 Prozent haben Mittelschul- und 10 Prozent eine Grundschulbildung. In den letzten Jahren ist eine stärkere Tendenz zur Spezialisierung auf einzelne Fachgebiete (Wirtschaft, Kultur, gesellschaftlich-politische Fragen usw.) zu bemerken, die nach Auffassung des Journalistenverbandes zur Anhebung des allgemeinen Niveaus und zur besseren Durchführung der der Presse obliegenden Aufgaben beitragen wird.

Vom Journalistenverband in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen veranstaltete Seminare und Schulungskurse

sorgen für die berufliche und ideologisch-politische Aus- und Fortbildung der Journalisten. Zu den Themen dieser Seminare und Kurse gehörten u. a.: „Die Rolle der Presse in Wissenschaft und Kultur“, „Unsere Presse und das Schulproblem“, „Die Journalistik und die Kunst“, „Probleme der Kultur und der Unterhaltung in Presse und Rundfunk“, „Probleme der Landwirtschaft in Presse und Rundfunk“, „Der Individualbauer und seine Wirtschaft“, „Die Rolle der Presse im System der gesellschaftlichen Selbstverwaltung“, „Die Presse und die gesellschaftliche Selbstverwaltung im Bildungswesen und in der Kultur“, „Außenpolitische Probleme und unsere Presse“, „Internationale Probleme und unsere Presse“, „Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und unsere Presse“, „Die Arbeiterbewegung und unsere Presse“, „Die aktuellen Aufgaben der Gewerkschaften“, ferner Probleme des Sports, der Kommunen, des Außenhandels, des Warenverkehrs, der Arbeiterselbstverwaltung, der jugoslawischen Auslandsberichterstattung usw. („Jugoslawenki Pregled“ Nr. 2/1961.)

### Mangelnde „kämpferische Haltung“

Trotz dieser umfangreichen ideologisch-politischen Schulung sind in den letzten Jahren in wachsendem Maße in der Presse „negative“ Auffassungen oder auch „falsche“ Meinungen in Erscheinung getreten, die z. T. auf „unrichtigen Einstellungen“ zu den im Rahmen des sozialistischen Aufbaues auftauchenden Problemen, z. T. auf „zu großer Nachsicht“ gegenüber „abweichenden Auffassungen“ beruhen.

Janez Vipotnik (Mitglied des ZK des BdKJ, Mitglied des Exekutiv Ausschusses des Haupt Ausschusses des SSRN-Sloweniens und des Rats der Hochschule für politische Wissenschaften in Belgrad sowie Chefredakteur der Zeitung „Delo“ in Laibach) stellte auf dem III. Plenum des ZK des BdKJ im November 1961 die Frage, ob sich die Kommunisten bei ihrer praktischen ideologischen und politischen Tätigkeit des außerordentlichen Einflusses der Presse bewußt seien und ob die Presse bei der Lösung der aktuellen Probleme des sozialistischen Aufbaues wirklich in vollem Umfange ausgenutzt worden sei. In seinen weiteren Ausführungen beantwortete er diese Fragen *negativ*. Als Ursachen führte er vor allem „subjektive Gründe“ an. Im einzelnen stellte er fest: Die Natur der Journalistik erfordere die ständige Hebung des ideologischen Niveaus des Kommunisten-Journalisten, damit er in die Lage versetzt werde, seiner verantwortungsvollen Aufgabe gerecht zu werden; diesem Grundproblem sei zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, der Journalismus habe sich, nicht immer aus eigenem Verschulden, zu stark zu einer Art Zunft entwickelt, wobei die verantwortungsvollste Pflicht — die Formung der öffentlichen Meinung — vernachlässigt worden sei.

Vipotniks Kritik an der mangelnden „ideologisch-kämpferischen Haltung“ richtete sich vor allem gegen „Kommunisten-Journalisten, die auf dem Gebiet der *Kultur* tätig sind“. Sie hätten negativen Tendenzen im öffentlichen Leben ungenügenden Widerstand entgegengesetzt und übten „allen möglichen Ereignissen auf kulturellem Gebiet“ gegenüber zu

viel Nachsicht, indem sie in ihnen nur „vorübergehende Erscheinungen“ sehen, statt ihnen im „ständigen ideologischen Kampf“ zu begegnen.

Vipotnik betonte weiter, es genüge nicht, daß die Journalisten die Geschehnisse lediglich registrierten oder fremde Gedanken vermittelten. „Wenn der Journalist nicht selbständig, analytisch und gewissenhaft in seiner Arbeit ist — selbstverständlich im ideologischen Rahmen des BdKJ — dann hat er keine Perspektiven.“ Der BdKJ fordere von jedem einzelnen Bürger eine aktive und auf keinen Fall passive Teilnahme an der Verwaltung und der Verantwortung; mit um so größerem Nachdruck müßten diese Forderungen an die Journalisten gerichtet werden. Damit die Journalisten diesen Aufgaben künftig besser gerecht werden können, soll ihre Ausbildung reorganisiert und verbessert und insbesondere der ideologisch-politischen Schulung mehr Gewicht beigemessen werden. („Komunist“, 29. 11. 1961.)

Besondere Sorgenkinder sind die *literarischen Zeitschriften*, die zum Teil zu „Kampfinstrumenten“ zwischen einzelnen „Literaturkreisen“ geworden sind, und die *Unterhaltungspresse*. Von letzterer wurde auf einer gemeinsamen Tagung der Pressekommission und der Kommission für ideologischerzieherische Tätigkeit des Exekutivkomitees des SSRNJ im Februar 1962 festgestellt, sie habe sich ihren politischen Aufgaben in großem Maße entzogen und auf „enge Sensationshascherei“ um sogenannte „berühmte“ Persönlichkeiten eingestellt. Ihre Schreibweise über wichtige gesellschaftliche Probleme und ihre Darstellung wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften sei „verantwortungslos“.

### „Mißverständnisse“

Milentije Popović (Mitglied des ZK des BdKJ und des Exekutivrates des Haupt Ausschusses des SSRNJ) warnte vor einer „leichtsinnigen oder akademischen Unterschätzung der Bedeutung der Unterhaltungspresse“, deren gegenwärtige Hauptschwächen die Verbreitung „fremder Einflüsse, fremd im Sinne von antisozialistisch und nicht von ausländisch“, sei. („Vjesnik“, 27. 2. 1962.) Größere Aufmerksamkeit soll künftig auch den Betriebs-, Werk- und Fachzeitungen gewidmet werden, weil ihnen bei der Einführung „der neuen Instrumente für die Einkommenverteilung eine besondere Rolle zufällt“. Bei der redaktionellen Gestaltung dieser Publikationen sollen die Mitglieder der Betriebs-Parteikomitees häufiger zu Wort kommen und gemäß den im Parteiprogramm niedergelegten Aufgaben der Kommunisten zu aktuellen gesellschaftlichen außer- und innerbetrieblichen Fragen Stellung nehmen.

Eine andere Schwierigkeit, die die Tätigkeit der Journalisten und die informativen Aufgaben der Presse behindert, ist die häufig zu beobachtende Zurückhaltung der Staatsorgane, der Volksräte und anderer Organisationen und Institutionen, Informationen zu geben. „Unsere werktätigen Menschen, denen wir die Mittel für die Verwaltung in die Hand gegeben haben, die die Träger des Aufbaues und einer schöneren Zukunft sind, müssen über Presse, Rund-

funk und auf andere Weise regelmäßig über die verschiedenen in Vorbereitung befindlichen Pläne und Maßnahmen informiert werden“, forderte Janez Vištnik. Aufgabe der Journalisten, aber auch führender Funktionäre sei die Begründung und Kommentierung dieser Pläne und Maßnahmen.

Daß es hierbei auch zu „falschen Auffassungen“ kommen kann, ging aus einer Erklärung von *Edvard Kardelj* hervor, wonach durch Presseveröffentlichungen „Mißverständnisse“ über einzelne Probleme, die in der in Vorbereitung befindlichen neuen Verfassung behandelt werden, hervorgerufen worden seien. (TANJUG-Interview, veröffentlicht in der jugoslawischen Presse vom 11. 10. 1961.)

Andere Hindernisse, auf die die jugoslawische Presse bei der „Wahrnehmung ihrer sozialistischen Aufgaben“ stößt, sind die Kritikempfindlichkeit einzelner Organisationen, Körperschaften, Institutionen und Unternehmen, sowie deren Empfindlichkeit gegenüber dem Lob, das anderen gezollt wird. „Kommunist“ (1. 6. 1961) befaßte sich mit diesen Schwierigkeiten und mit den „Versuchen führender Funktionäre des BdKJ, der Volksräte, der Betriebe und Institutionen“, die von der Redaktion eingenommenen Standpunkte zu beeinflussen, gerechtfertigte Kritiken als ungerechtfertigt oder sogar böswillig hinzustellen und den Journalisten mangelnde Objektivität oder Unterrichtung nachzusagen. „Wenn der Journalist oder die Redaktion diese Standpunkte nicht anerkennen, dann wird verächtlich von den ‚Schreibe-reien‘ gesprochen.“

### „Eine Art Zunftfrieden“

Bei der in den letzten Monaten von verschiedenen Gremien an der Presse und ihrer Tätigkeit geübten Kritik waren auch die Beziehungen zwischen den Redaktionsmitgliedern und zwischen den einzelnen Zeitungen aufgegriffen und ihnen mangelnde gegenseitige Kritik vorgeworfen worden. Die Kritiken jener, die in der Presse arbeiten, stellte „Borba“ (11. 1. 1962) hierzu fest, seien zumeist innerbetrieblicher Art und gelangten nur selten in die Öffentlichkeit. Weil die einzelnen Zeitungen einander nicht kritisierten, werde vielfach die Auffassung vertreten, es bestehe hier „eine Art Nichtangriffspakt, eine Art Zunftfrieden“. Indessen sei im Interesse der allgemeinen Sache das „Vorhandensein von Kräften und Faktoren notwendig, die fähig sind, die Erfordernisse der gesellschaftlichen Tätigkeit und des sozialistischen Aufbaues analytisch und kritisch hinzustellen und zu formulieren“.

Hiermit hat „Borba“ die von verschiedenen Parteifunktionären unternommenen Versuche, die Journalisten und die einzelnen Zeitungen zu einem politisch-ideologischen Konkurrenzkampf anzuspornen, zurückgewiesen. Man ist dabei zweifellos von der Überzeugung ausgegangen, daß eine gegenseitige ideologisch-politische Kritik die an sich schon verwirrenden gesellschaftlich-politischen, sehr stark experimentellen Maßnahmen „für die Ausformung des sozialistischen Bewußtseins des Produzenten in sei-

ner neuen Eigenschaft als Mitverwalter des Volkseigentums und Mitgestalter der allgemeinen Volkswohlfahrt“ noch mehr verwirren würde.

Offenbar wird beabsichtigt, gesellschaftspolitisch weniger akzentuierte Blätter verschwinden zu lassen; das Mittel dazu ist der Entzug der Subventionen. Auf Grund der von dem neuen Pressegesetz gebotenen Möglichkeit der Zeitungsgründung sind zahlreiche Lokalblätter entstanden, die wegen ihrer geringen Auflage aus eigener Kraft nicht lebensfähig und mehr oder weniger Sprachrohre lokaler Verwaltungskörper sind; sie befassen sich mit den anfallenden Problemen, meist lokaler Art, eher praktizistisch als ideologisch-politisch. Djuro Pucar (Mitglied des ZK des BdKJ) stellte auf einer Sitzung des Exekutivkomitees des Hauptausschusses des SSRN-Bosnien-Herzegowinas Anfang Januar 1962 fest, die Lokalblätter könnten die Anforderungen politisch-ideologischer Aktivität nicht erfüllen, weil ihnen sowohl die materiellen Mittel als auch die notwendigen Kader fehlten. Man müsse sich darum fragen, wozu eigentlich so viele derartige Blätter existierten, die zu 40 Prozent von Subventionen leben. („Borba“, 5. 1. 1962.)

Die Situation der jugoslawischen Journalisten ist heute, ähnlich wie die der Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler, von der Schwierigkeit gekennzeichnet, daß sie sich vorbehaltlos für sozialistische Prinzipien einsetzen sollen, die nicht nur ihrer Arbeitsweise, sondern vielfach auch ihrer Auffassung von der natürlichen Differenzierung zwischen den „Produktionskräften“ zuwiderlaufen. Aus diesen Schwierigkeiten resultiert der starke Trend zur Unterhaltungs-, Film-, Sport- und sonstigen Presse, die dem „sozialistischen Aufbau“ geringere Aufmerksamkeit zu schenken braucht, in der aber persönliche Meinungen (z. B. über Film, Malerei, Skulptur usw.) vertreten werden. Die auf dem III. Plenum des ZK des BdKJ erhobenen Forderungen dürften diese Bewegungsfreiheit künftig bedeutend einschränken.

(Quellen: Im Text angegeben.)

Bulgarien

Wissenschaft

## Enzyklopädie in Vorbereitung

Nach Berichten der bulgarischen Presse vom 25. Januar 1962 ist eine „Kratka bulgarska enciklopedia“ (Kurze bulgarische Enzyklopädie) in fünf Bänden in Vorbereitung. Mit der Bearbeitung der 27 000 Stichworte sind 1500 Spezialisten befaßt. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Professor Vladimir Georgijeff, geschäftsführender Direktor ist Assen Carajcijeff; die redaktionelle Aufsicht führt der Präsident der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Todor Pavloff.

Der erste Band soll 1962 erscheinen, die Drucklegung der übrigen Bände soll bis 1964 erfolgen.